



Keupers

kritischer

Kommentar

09-2020

September 2020

Corona und die Lehren für eine Zukunftspolitik.

Die Corona-Pandemie zeigt und lehrt uns, dass plötzliche radikal einschneidende und verändernde Maßnahmen die unsere Arbeitswelt, unsere Wirtschaft, unser gesellschaftliches Miteinander, unsere sozialen Grundordnungen betreffen, nicht ohne Widerstand in weiten Kreisen der Bevölkerung akzeptiert werden, obgleich sie grundsätzlich als sinnvoll und Ziel fördernd erscheinen mögen.

Schon zu Beginn der angeordneten Einschränkungen im öffentlichen Leben, des Shutdown wegen der Corona-Pandemie haben Psychologen darauf hingewiesen, dass eine längerfristige Einschränkung des sozialen Lebens und des Miteinander zu Gegenreaktionen führen könnte, dass sich Widerstand herausbilden würde, der zu größeren Demos mit gewollten Provokationen, ja, zum populistischen Aufbegehren gegen den anordnenden Staat, gegen die bestehende politische Macht führen kann. Denn der Mensch, so die Psychologen, braucht das gesellige Miteinander, braucht den engen Kontakt mit seinen Freunden, mit seiner Familie. Er will eben sein Leben genießen, sein freies Leben leben können. Das längere eingeschlossen sein, auch bei drohender Gefahr, behagt ihm nicht, er will wieder raus, er muss eben unter „die Menschen“, unter „seines Gleichen“! Darum, die Lockerung des Shutdown nach etwa 6 Wochen, die Abschwächungen der Einschränkungen des täglichen Alltages, waren nicht nur der geringeren Zahl von Corona-Erkrankungen, sondern einerseits auch den immensen wirtschaftlich-finanziellen Folgen, andererseits auch dem immer stärker werdenden Aufbegehren, dem nicht mehr Beachtens der Vorschriften, der Maskenpflicht und Abstandseinhaltung geschuldet. Daraus lernen wir, dass Einschränkungen der Lebensgewohnheiten, der Lebensgestaltung, aber auch die des allgemeinen Wohlbefindens nur beschränkt und nur in kleinen Folgeschritten realisierbar sind, dass eine angestrebte grundlegende Veränderung des Gewohnten nur so durchsetzbar ist. Also, eine angestrebte radikale Veränderung wird von der Bevölkerung, sei sie noch so fundiert begründet, nicht vorbehaltlos angenommen und akzeptiert, sondern führt in einen freiheitlichen demokratischen Staat zu Protesten, zum Aufbegehren bis hin zum offenen Widerstand und zu politisch radikalen Veränderungen, welche die politische Demokratie hinwegfegen könnte. ---- Weimar lässt grüßen!

Klimaschutz: Minister Altmaier plant grundlegende unumkehrbare Veränderungen.

Diese Erfahrungen aus der Corona-Krise müssen wir, ja, sollten wir beachten, wenn wir hinsichtlich Klima- und Umweltschutz, aber auch wegen der neuen Strukturen der Digitalisierung grundlegende

Einschnitte oder Veränderungen fordern, welche nicht nur die Ökonomie und die Arbeitswelt, sondern auch das Gesellschaftliche, die Lebensgewohnheiten, die allgemeine Lebensgestaltung grundlegend neu gestalten werden, vielleicht sogar die Grundlagen unserer freiheitlichen demokratischen Verfassung ändern.

Darum sollten, respektive müssen die Alarmglocken läuten, wenn unser Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) fordert, dass ein staatlich gelenkter Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen und umweltfreundlichen Gesellschaft unumkehrbar sein muss, eine Transformation welche „die Wirtschaft umkrepelt und **die politische Landschaft auf Jahrzehnte unumkehrbar verändert**“.

Henryk M. Broder meint in der WELT vom 11.09. dazu, dass diese geplante Transformation eine „Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft bedeute, hin zu einer staatlich gelenkten Planwirtschaft, in der nicht nur der Klima- und der Umweltschutz den Vorgaben und Plänen der Regierung folgen muss, sondern auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Produzenten und Verbraucher. Schlimmer noch: Etwas unumkehrbar zu machen“, so Broder, „bedeute künftigen Generationen die Möglichkeit zu berauben, ihre Lebensumstände, trotz neuer Erkenntnisse, so zu gestalten, wie sie es dereinst möchten“, wie es dereinst erforderlich sein könnte.

Natürlich muss vonseiten der Regierung, aber auch vonseiten der Gesellschaft auf die Anzeichen einer Klimaveränderung, ob sie nun von Menschen verursacht sind, sei dahin gestellt, und auf die drohende Ressourcenverknappung natürlicher Grundstoffe reagiert werden. Aber doch weniger mit regressiven, sondern hauptsächlich mit fortschrittlichen progressiven Maßnahmen, mit Forschung, mit Entwicklung neuer Technologien!

Die Menschheit lebt seit ihrer Existenz vom Fortschritt und neuen Ideen, von der Weiterentwicklung des Bestehenden. Wie schon zuvor beschrieben, werden die Menschen eine Rückentwicklung ihres Lebensstandards, ihrer Lebensgewohnheiten nicht so ohne Weiteres akzeptieren und mitmachen, solches ist also nur mit staatlichem Zwang, mit Gewalt durchzusetzen.

Wollen die Menschen wirklich raus aus der Wachstumsgesellschaft?

Auch die Forderungen vieler Klimakämpfer der Grünen nach einer Postwachstumsgesellschaft sind sehr radikal und führen in eine ganz andere Gesellschaft, zu einer ganz anderen Entwicklung. Die Forderung nach „einer nicht gewinnorientierter Wirtschaft, einem nicht gewinnorientierten Unternehmertum“, nach weniger Mobilität, nach weniger Konsum, reduzierter Arbeitszeit (30- oder gar 25-Stundenwoche mit nur teilweisem Lohnausgleich), dafür aber mehr unentgeltliche Eigen- oder Ehrenamtstätigkeiten, sollen mehr Zeitwohlstand, Lebensqualität und Gesundheit bringen, so die Verfechter der Wege aus der Wachstumsgesellschaft um Harald Welzer und Klaus Wiegandt und dem Forum für Verantwortung der Europäischen Akademie in Otzenhausen, welche aber einräumen, dass dieser Weg für die meisten Menschen kein Spaziergang wird, dass dieser Weg für diese mit (erheblichen) Wohlstandsverlusten einhergehen. Auch das ist eine Planung, eine Forderung hinsichtlich absoluter und einschneidender Veränderung gemäß Klimaschutz und Umweltverträglichkeit, gewissermaßen eine totalitäre Drohung, die Ernst genommen werden sollte. Sie klingt nach einer wirtschaftlichen Planungspolitik, die vor über 30 Jahren in Teilgebieten unseres Landes den Menschen dort Unfreiheit, Zwang und geringeren bzw. gar keinen Wohlstand beschert hat, bis dass sie aufbegehrten und eine Wende erzwangen.

Junge Menschen wollen immer etwas grundlegend verändern ----- das ist nichts Neues.

Dass junge Menschen für ihre Zukunft oft extreme und realitätsferne politische, wirtschaftliche oder auch gesellschaftliche Vorstellungen entwickeln und mit Vehemenz vertreten, ist grundsätzlich nicht verwunderlich und eigentlich das Natürlichste auf dieser Welt. Es war schon immer so, und ohne diese Extremvorstellungen der Jugend hätte sich die Menschheit nicht so weiterentwickelt. Die jungen Menschen sind der natürliche Motor für die Weiterentwicklung auf diesen Planeten. Natürlich beachten sie nicht alle Folgerungen ihrer Vorstellungen oder auch nicht die Tücken und Grenzen, die mit diesen verbunden sind. Deswegen müssen die etwas Älteren diese Vorstellungen der dynamischen Jugend entsprechend den realen Möglichkeiten anpassen und umgestalten. Aus der Jugendidee wird so eine entsprechend abgespeckte fortschrittliche und durchsetzbare Politik der progressiven Zukunftsentwicklung.

Natürlich, und auch das ist seit jeher bekannt, lassen sich junge Menschen leichter von fragwürdigen Akteuren einspannen und missbrauchen, welche ihre ureigensten Wirtschafts- oder Machtinteressen verfolgen. Darum ist interessant, wer profitiert von den geforderten extremen Veränderungen welche die jungen Menschen mit Vehemenz vertreten am meisten?

Die Beantwortung dieser Frage zeigt oft die wahren Hintergründe für die vorgetragenen Forderungen, für die geforderten Veränderungen!

Die SPD muss progressiv und zukunftsinteressiert denken und handeln!

Wir Sozialdemokraten sollten deshalb, wie es in der Vergangenheit so üblich war, eine progressive und fortschrittliche Politik der Zukunft vertreten. Klimawandel, Schutz der Natur und ihre Ressourcen, aber auch die digitalen Herausforderungen der Wirtschaft 4.0, sind Probleme, die auf uns zukommen werden. Sie werden Veränderungen erforderlich machen, die nicht nur Wirtschaft und Arbeit verändern werden, sondern auch unsere soziale Gesellschaft, unser tägliches Leben, unser Verhalten, unsere freiheitliche Demokratie. Darauf müssen wir uns einstellen, ggf. nötige Veränderungen und Risiken in Kauf nehmen. Wir müssen uns aber im Klaren sein, dass diese nötigen Veränderungen nur in kleinen Schritten gesellschaftlich, aber auch ökonomisch vermittelbar und vertretbar sind. Und alles muss auf jeden Fall sozial ausgerichtet werden, das ist die Grundvoraussetzung. Dabei muss die Zukunftsorientierung, der Glaube an den Fortschritt, an die Weiterentwicklung unseres Wissens, unseres Könnens das Fundament unserer Politik bleiben. Mit einer solchen Politik der SPD, mit einer realistischen Politik in sozialdemokratischer Grundideologie, wie es Nils Heisterhagen am 21. Mai unter www.vorwaerts.de forderte, sind die Probleme der Zukunft zu bewältigen. Nicht der Blick zurück, sondern der Blick nach vorne, das ist die Zukunftspolitik der Sozialdemokraten. Und **wir** schaffen das ----- wie es Frau Merkel meinte!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 21. September 2020

Heinrich Keuper